

Allgemeine Geschäftsbedingungen

zur Erbringung von infrastrukturnahen Dienstleistungen

Präambel

Diese allgemeinen Geschäftsbedingungen regeln die Einzelheiten der Erbringung von infrastrukturnahen Dienstleistungen der B.I.G. Corporate Services GmbH (im Folgenden „Auftragnehmerin“) gegenüber der jeweiligen Auftraggeberin. Zusammen mit dem Angebot der Auftragnehmerin stellen sie den vollständigen Dienstleistungsvertrag dar, der in der Folge zwischen der Auftragnehmerin und der Auftraggeberin (im Folgenden „die Parteien“) als einvernehmlich geschlossen gilt.

1 Geltungsbereich

- 1.1 Diese Geschäftsbedingungen gelten ausschließlich gegenüber Unternehmern, juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtlichen Sondervermögen im Sinne von § 310 Abs. 1 BGB. Entgegenstehende oder von diesen Geschäftsbedingungen abweichende Bedingungen der Auftraggeberin erkennt die Auftragnehmerin nur an, wenn sie ausdrücklich schriftlich der Geltung zugestimmt hat.
- 1.2 Änderungen dieser Geschäftsbedingungen, die von der Auftragnehmerin vorgenommen wurden, werden der Auftraggeberin schriftlich bekannt gegeben. Sie gelten als genehmigt, wenn die Auftraggeberin nicht schriftlich Widerspruch erhebt. Die Auftraggeberin muss den Widerspruch innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe der Änderungen an die Auftragnehmerin absenden.

2 Zustandekommen des Dienstleistungsvertrages

Der Dienstleistungsvertrag kommt dadurch zustande, dass die Auftraggeberin auf das schriftliche Angebot der Auftragnehmerin - mitsamt Leistungsübersicht und Preisliste - hin eine schriftliche, unterschriebene Annahmeerklärung des Angebots per Postweg, Fax oder E-Mail an die Auftragnehmerin übersendet.

3 Beauftragung der Leistungen

Mit Annahme des schriftlichen Angebots der Leistungspakete im Sinne Abschnitt 2 gilt die Beauftragung der einzelnen Leistungspakete – einschließlich Leistungsbeschreibung und Preisen – als bestätigt und dokumentiert. Die vereinbarten Leistungspakete sind während der Laufzeit des Dienstleistungsvertrages durch die Parteien vollständig abzurufen, sofern keine entsprechende Kündigung oder Absage erfolgt.

4 Leistungs- und Preisänderungen

- 4.1 Absagen von Leistungspaketen vor dem Leistungsbeginn bzw. Kündigungen einzelner Leistungspakete nach Leistungsbeginn sind der Auftragnehmerin unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Leistungsbeginn ist der Tag, an dem die Auftragnehmerin erstmalig die vereinbarte Leistung für die Auftraggeberin erbringt.
- 4.2 Werden einzelne Leistungspakete nach Leistungsbeginn gekündigt, so gilt hierfür die unter Abschnitt 8.2 geregelte sechswöchige Kündigungsfrist zum Quartalsende entsprechend. Das Kündigungsrecht einzelner Leistungspakete besteht für die Auftraggeberin und für die Auftragnehmerin gleichermaßen. In diesen Fällen bleibt der Dienstleistungsvertrag im Übrigen mit den verbleibenden Leistungspaketen bestehen.
- 4.3 Absagen einzelner Leistungspakete vor dem Leistungsbeginn und die Kündigung des gesamten Dienstleistungsvertrages vor Leistungsbeginn sind ohne Einhaltung einer gesonderten Frist möglich. Es gelten jedoch die Vergütungsregelungen unter 4.4.
- 4.4 Bei Absage einzelner als Pauschalen vereinbarter Leistungspakete vor dem Leistungsbeginn durch die Auftraggeberin oder im Falle der Kündigung des gesamten Dienstleistungsvertrages vor dem Leistungsbeginn sind von der Auftraggeberin
 - bis acht Wochen vor dem vereinbarten Beginn der Leistungserbringung 25% der Auftragssumme,
 - zwischen acht und vier Wochen davor 50% der Auftragssumme,
 - zwischen vier und zwei Wochen davor 75% der Auftragssumme und danach 100% der Auftragssumme zu zahlen.

Die Auftragssumme ist die Summe der Vergütung der ursprünglich vereinbarten und dann abgesagten Leistungen für den Leistungszeitraum gemäß Angebot.

- 4.5 Bereits erbrachte Leistungen werden stets zur Gänze in Rechnung gestellt.
- 4.6 Zusätzliche – gesondert zu vergütende – Leistungspakete, die nicht Bestandteil der Leistungsbeschreibung des ursprünglichen Dienstleistungsvertrages sind, können von der Auftraggeberin zu den Konditionen und Preisen der jeweils gültigen Leistungspakete/-beschreibung beauftragt werden. Die jeweils

aktuell gültige Fassung der Leistungspakete/-beschreibung wird auf Anfrage von der Auftragnehmerin übersandt.

- 4.7 Zusätzliche Beauftragungen von Leistungspaketen während des laufenden Dienstleistungsvertrages sind mit angemessener Vorlaufzeit von in der Regel drei Monaten schriftlich – per E-Mail – zu beauftragen. Die Auftragnehmerin behält sich das Recht vor, die Anfrage aus triftigem Grund – insbesondere bei zu kurzer Vorlaufzeit oder aus Kapazitätsgründen – abzulehnen.
- 4.8 Die Auftragnehmerin ist berechtigt, die ursprünglich vereinbarten Preise der einzelnen Leistungspakete kalenderjährlich anzupassen. Im Falle einer Preiserhöhung von mehr als 10% kann die Auftraggeberin den entsprechenden Dienstleistungsvertrag zum Ende des Folgemonats nach der schriftlichen Anzeige der Preiserhöhung durch die Auftragnehmerin durch schriftliche Erklärung kündigen.
- 4.9 Im Falle einer Änderung des Leistungsumfanges (Leistungserweiterung durch Beauftragung zusätzlicher Leistungspakete und/oder Leistungsverringerung durch Kündigung einzelner Leistungspakete) oder einer Preisänderung ist der zugrunde liegende Dienstleistungsvertrag im Wege einer Neufassung um die vereinbarten Änderungen zu ergänzen. Mit dessen Unterzeichnung ersetzt der neugefasste Dienstleistungsvertrag den vorherigen Dienstleistungsvertrag vollständig. Dies gilt auch für die jeweiligen Anlagen des Dienstleistungsvertrages, die damit bei Unterzeichnung der Neufassung des Vertrages in ihrer jeweils aktuell gültigen Fassung Vertragsbestandteil werden. Erst mit Unterzeichnung des neugefassten Dienstleistungsvertrages werden die Leistungs- und/oder die Preisänderung gültig.

5 Vertragsdurchführung

- 5.1 Die Parteien stellen sich gegenseitig alle notwendigen Informationen und Unterlagen zur Verfügung, die zur Durchführung der jeweils vereinbarten Leistungen benötigt werden.
- 5.2 Die Auftraggeberin hat die Auftragnehmerin bei der Erbringung der vereinbarten Leistungen durch angemessene unentgeltliche Mitwirkungshandlungen – soweit erforderlich – zu unterstützen.
- 5.3 Kommt die Auftraggeberin in Annahmeverzug oder verletzt sie schuldhaft sonstige Mitwirkungspflichten, so ist die Auftragnehmerin berechtigt, den ihr insoweit entstehenden Schaden einschließlich etwaiger Mehraufwendungen ersetzt zu verlangen. Weitergehende Ansprüche bleiben vorbehalten.
- 5.4 Die Auftragnehmerin erbringt die vertragsgemäßen Leistungen mit größtmöglicher Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit nach dem jeweils neuesten Stand,

neuesten Regeln und Erkenntnissen. Sie berücksichtigt dabei – soweit erforderlich und angemessen – allgemeine Verfahrensbeschreibungen und Industriestandards sowie gegebenenfalls spezifische Bestimmungen, Methoden und Anwendungspraktiken der Auftraggeberin.

- 5.5 Die Auftraggeberin hat den Mitarbeitern der Auftragnehmerin sowie Mitarbeitern etwaiger Subunternehmen zu ihren Geschäftszeiten in erforderlichem Umfang den Zutritt zu ihren Geschäftsräumen zu ermöglichen.
- 5.6 Die Auftragnehmerin ist berechtigt, zur Durchführung ihrer Leistungen Subunternehmen zu beauftragen, sofern diese zur Erbringung der geschuldeten Leistungen qualifiziert sind.

6 Rechtseinräumung

- 6.1 Jede Partei bleibt Inhaberin des geistigen Eigentums an ihrem Know-how, Verfahren und ihrer Software und ist durch den Dienstleistungsvertrag in keiner Weise an der Verwertung gehindert.
- 6.2 Die im Rahmen des Projekts entstehenden Arbeitsergebnisse stehen der Partei zu, durch deren Mitarbeiter bzw. Beauftragte sie entstanden sind. Sofern in den Vereinbarungen nicht abweichend gemacht, erhält jede Partei an den durch das gemeinsame Projekt gewonnenen Arbeitsergebnissen ein nicht-ausschließliches, zeitlich, örtlich und inhaltlich unbeschränktes Nutzungsrecht. Dieses berechtigt auch zur Benutzung der Arbeitsergebnisse gegenüber Dritten.

7 Vergütung und Rechnungslegung

- 7.1 Die Auftraggeberin verpflichtet sich, der Auftragnehmerin für die Erbringung der vereinbarten Dienstleistungen eine fremdübliche Vergütung ("Vergütung") zu zahlen. Die genaue Bestimmung der Vergütung für die zu erbringenden Dienstleistungen ergibt sich aus den im Dienstleistungsvertrag festgelegten Leistungspaketen und Preisen.
- 7.2 Barauslagen oder sonstige besondere Kosten, die der Auftragnehmerin auf ausdrücklichen Wunsch der Auftraggeberin entstehen, werden zum Selbstkostenpreis berechnet.
- 7.3 Die Fakturierung erfolgt monatlich fünf Werktage nach Ende des Leistungsmonats. Die Zahlung erfolgt 14 Werktage nach Fakturierung, ohne Skontoabzug. Alle Preise verstehen sich zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Mehrwertsteuer. Einvernehmlich kann eine quartalsweise Fakturierung erfolgen. Hierzu ist eine gesonderte schriftliche Vereinbarung zu treffen.
- 7.4 Scheck- und Wechselzahlungen werden nicht als Erfüllung der Zahlungspflicht angesehen. Zahlungen sind ausschließlich auf das in unseren Rechnungen

angegebene Bankkonto zu leisten. Zahlungen auf abweichende Konten gelten nicht als schuldbefreiende Leistung. Aufgrund bestehender Betrugsrisiken nimmt die Auftragnehmerin grundsätzlich keine Änderung der angegebenen Bankverbindung vor; etwaige Änderungen erfolgen – wenn überhaupt – ausschließlich in Schriftform. Bei Mitteilungen über angebliche Kontoänderungen besteht eine erhöhte Sorgfaltspflicht.

8 Vertragsdauer und -auflösung

- 8.1 Der Dienstleistungsvertrag tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft und gilt für die im Angebot vereinbarte Dauer, gegebenenfalls unbefristet.
- 8.2 Im Falle einer befristeten Vertragslaufzeit ist das Recht zur ordentlichen Kündigung ausgeschlossen. Im Fall eines unbefristeten Vertragsschlusses gilt, dass der Vertrag von jeder Partei unter Einhaltung einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende gekündigt werden kann.
- 8.3 Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bleibt unberührt.
- 8.4 Jede Kündigung bedarf der Schriftform.
- 8.5 Im Fall der Kündigung des Dienstleistungsvertrages wird die Auftragnehmerin ihr überlassene Arbeits- und Geschäftsunterlagen sowie sonstige Arbeitsmittel nach Vertragsbeendigung unverzüglich und unaufgefordert zurückgeben oder löschen. Die Geltendmachung eines Zurückbehaltungsrechts daran ist ausgeschlossen. Elektronische Daten sind vollständig zu löschen. Ausgenommen davon sind Unterlagen und Daten, hinsichtlich derer eine längere gesetzliche Aufbewahrungspflicht besteht, jedoch nur bis zum Ende der jeweiligen Aufbewahrungsfrist. Die Auftragnehmerin hat dem Unternehmen auf dessen Wunsch die Löschung schriftlich zu bestätigen. Die gleiche Verpflichtung trifft die Auftraggeberin, sofern sie im Rahmen der Vertragsdurchführung entsprechende Arbeits- und Geschäftsunterlagen oder Arbeitsmittel der Auftragnehmerin erhalten hat.

9 Geheimhaltung

- 9.1 Beide Parteien verpflichten sich zur sorgsamsten Geheimhaltung aller ihr mittelbar oder unmittelbar zugänglich gemachten mündlichen und/oder schriftlichen Informationen und Unterlagen über Know-how und geistiges Eigentum, Produkte, Kunden, Absatzgebiete, Lieferanten sowie über laufende und künftige Projekte sowie alle weiteren als vertraulich gekennzeichneten oder erkennbaren Informationen. Sie werden denjenigen Mitarbeitern oder Dritten, die an der Durchführung des jeweiligen Projekts beteiligt sind, entsprechende Verpflichtungen zur Geheimhaltung auferlegen und diese mit einer angemessenen Vertragsstrafe bewahren.

- 9.2 Diese Vertraulichkeitsverpflichtung betrifft nicht Informationen, die bereits in der Öffentlichkeit bekannt geworden sind und überdauert die Beendigung der Zusammenarbeit der Parteien durch Kündigung oder Aufhebungsvereinbarung.

- 9.3 Die Vertragsparteien haben es zu unterlassen, die vertraulichen Informationen außerhalb des Zwecks in irgendeiner Weise selbst wirtschaftlich zu verwerten oder nachzuahmen (insbesondere im Wege des sog. „Reverse Engineering“) oder durch Dritte verwerten oder nachahmen zu lassen und insbesondere auf die vertraulichen Informationen gewerbliche Schutzrechte – insbesondere Marken, Designs, Patente oder Gebrauchsmuster – anzumelden.

- 9.4 Die Auftragnehmerin darf während der Laufzeit des Dienstleistungsvertrages auch für andere Auftraggeber tätig sein.

10 Auftreten nach außen

Die Auftragnehmerin kann im Rahmen der Leistungserbringung nach außen auftreten (bspw. Durchführung von Bewerbungsverfahren; Übernahme von Kommunikationsaufgaben, Umgang mit anderen Dienstleistern, etc.).

11 Weisungsrecht

- 11.1 Die Auftraggeberin hat im Rahmen der Durchführung der Tätigkeiten kein fachliches oder disziplinarisches Weisungsrecht bzw. keine Weisungspflicht gegenüber den Beschäftigten der Auftragnehmerin. Dieses verbleibt vollumfänglich bei der Auftraggeberin.
- 11.2 Das fachliche und disziplinarische Weisungsrecht bzw. die Weisungspflicht über die Beschäftigten der Auftraggeberin verbleibt bei ihr.
- 11.3 Im Übrigen unterliegt die Auftragnehmerin bei der Erfüllung der vereinbarten Leistungen und Tätigkeiten keinerlei Weisungen der Auftraggeberin.

12 Haftung

- 12.1 Die Haftung der Auftragnehmerin für vertragliche Pflichtverletzungen sowie für sonstige Schadensersatzansprüche ist auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt. Dies gilt nicht für Verletzungen von Leben, Körper und Gesundheit von Beschäftigten der Auftraggeberin.
- 12.2 Die Auftragnehmerin haftet nicht für Ansprüche, die sich aus nicht rechtmäßigem Handeln bzw. nicht rechtmäßiger Betriebsorganisation der Auftraggeberin ergeben. Die Auftragnehmerin stellt nicht die grundsätzliche Rechtskonformität der Auftraggeberin sicher, sondern wird lediglich in beratender Rolle tätig.

12.3 Die Auftragnehmerin haftet danach insbesondere nicht für Ansprüche, die aus Arbeitsunfällen von Beschäftigten der Auftraggeberin resultieren und somit auf mangelnden Arbeitsschutz und/oder mangelnde Arbeitssicherheit bei der Auftraggeberin zurückzuführen sind. Die Auftraggeberin bleibt selbst dafür verantwortlich, die gesetzlichen Bestimmungen zur Arbeitssicherheit und zum Arbeitsschutz in Hinblick auf ihre Mitarbeiter einzuhalten.

13 Vertragsstrafe

Im Falle der Verletzung der Verpflichtungen aus Abschnitt 6, 9 oder 10 ist die verletzte Partei berechtigt, von der anderen die Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von 50.000 € für jeden Verletzungsfall zu verlangen. Die Geltendmachung eines höheren Schadens steht der verletzten Partei in begründeten Fällen frei.

14 Datenschutz

Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, sämtliche ihr im Rahmen der Abwicklung des Dienstleistungsvertrages bekanntwerdende Daten der Auftraggeberin oder ihrer Mitarbeiter im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften zu verarbeiten und diese vertraulich zu behandeln. Sofern die Verarbeitung von personenbezogenen Daten ein zentrales Merkmal der Leistungserbringung darstellt, wird nach Abschnitt 16.1 ein Auftragsdatenverarbeitungsvertrag geschlossen.

15 Nebenabreden und Vertragsänderungen

Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen des Dienstleistungsvertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Der Vorrang von individuellen mündlichen Vertragsabreden zwischen den Parteien nach Vertragsschluss (§ 305b BGB) bleibt hiervon unberührt.

16 Besondere Geschäftsbedingungen; Auftragsdatenverarbeitungsvertrag

- 16.1 Bei Beauftragung von Leistungen, deren Erbringung die Verarbeitung personenbezogener Daten beinhaltet, ist zusätzlich ein gesonderter Auftragsdatenverarbeitungsvertrag nach Art. 28 Abs. 3 DSGVO zu schließen, welcher Bestandteil des Dienstleistungsvertrages wird.
- 16.2 Bei Beauftragung von Leistungen, die die Bereitstellung bzw. Nutzung von Software beinhaltet, ist zusätzlich eine gesonderte Vereinbarung von Software-Nutzungsbedingungen zu schließen, welche Bestandteil des Dienstleistungsvertrages werden.
- 16.3 Sofern die Leistungserbringung den Abschluss weiterer besonderer Geschäftsbedingungen, beispielsweise zu Urheber- und Nutzungsrechten, notwendig macht, werden hierzu von den Parteien gesonderte

Vereinbarungen getroffen. Diese Zusatzvereinbarungen werden Bestandteil des Dienstleistungsvertrages.

17 Gerichtsstand und Erfüllungsort

- 17.1 Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus dem Dienstleistungsvertrag ist Berlin.
- 17.2 Der Erfüllungsort für alle Leistungen liegt am Sitz der Auftragnehmerin.

18 Nachhaltigkeit, Code of Conduct

Nachhaltigkeit ist einer der zentralen Werte für die Auftragnehmerin. Aus diesem Grund wird erwartet, dass die Auftraggeberin bei der Zusammenarbeit mit der Auftragnehmerin die geltenden nationalen und internationalen Gesetze und Vorschriften einhält. Die wichtigsten Regeln für die Lieferkette der Auftragnehmerin sind im Verhaltenskodex für Lieferanten (Code of Conduct for Suppliers) aufgeführt, der auf der Website der Auftragnehmerin zu finden ist. Die Auftragnehmerin erwartet von der Auftraggeberin, dass sie ihrem Handeln dieselben ethischen Grundsätze zugrunde legen und ihre Managementsysteme an sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekten ausrichten. Die Auftraggeberin ermutigt ihre Lieferanten, diesen Verhaltenskodex im Rahmen der Erfüllung ihrer weiteren vertraglichen Verpflichtungen einzuhalten und die hieraus entstehenden Verpflichtungen in der Lieferkette weiterzugeben.

19 Sonstiges

- 19.1 Die Geschäftsbeziehung zwischen den Parteien unterliegt ausschließlich deutschem Recht.
- 19.2 Die Übertragung von Rechten und Pflichten aus diesem Rahmenvertrag sowie hierunter geschlossenen Vereinbarungen bedarf der Zustimmung der anderen Partei. Die andere Partei wird diese nicht ohne wichtigen Grund verweigern.
- 19.3 Sofern es zu Widersprüchen zwischen den Regelungen des Dienstleistungsvertrages und diesen allgemeinen Geschäftsbedingungen kommt, ist stets der konkrete Dienstleistungsvertrag ausschlaggebend.

20 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung des Dienstleistungsvertrages oder dieser allgemeinen Geschäftsbedingungen ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so wird hiervon die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen des Dienstleistungsvertrages oder der allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen Regelung tritt die gesetzlich zulässige Regelung, die dem mit der unwirksamen Regelung Gewollten wirtschaftlich am nächsten kommt und den übrigen vertraglichen Regelungen nicht zuwiderläuft. Dasselbe gilt für den Fall einer vertraglichen Lücke.

General Terms and Conditions

for the provision of infrastructure-related services

Preamble

These General Terms and Conditions regulate the details of infrastructure-related services rendered by B.I.G. Corporate Services GmbH (hereinafter referred to as the “Contractor”) to the customer. Together with the Contractor’s offer, these General Terms and Conditions represent the complete service contract, which is deemed to be concluded by common consent between the Contractor and the customer (hereinafter together the “Parties”).

1 Scope of application

- 1.1 These General Terms and Conditions shall apply exclusively to transactions with companies, bodies corporate under public law or special funds under public law for the purposes of section 310(1) of the German Civil Code. The Contractor does not accept any terms and conditions of the customer that are contrary to or deviating from these present General Terms and Conditions, unless expressly agreed upon in writing.
- 1.2 The customer will be informed in writing of any changes the Contractor makes to these General Terms and Conditions. These changes shall be deemed approved if the customer does not object in writing within two weeks after notification of the changes.

2 Conclusion of the service agreement

The service agreement will be concluded if and when the customer, following the Contractor’s written offer (which includes a list of services and a price list), accepts such offer by sending a signed written document via mail, fax or e-mail to the Contractor.

3 Commission of services

The acceptance of the written offer of the service packages as stipulated in section 2 above shall be deemed to be the confirmation and documentation of the commission of the individual service packages, including service specifications and prices. The agreed service packages must be called in full by the Parties during the term of the service agreement, unless they are terminated or canceled.

4 Changes to services and prices

- 4.1 The Contractor must be immediately informed in writing if individual service packages are canceled

before commencement of performance or terminated after commencement of performance. Commencement of performance shall be the day on which the Contractor first starts to render performance to the customer.

- 4.2 The six-week period of notice as of the end of any calendar quarter stipulated in section 8.2 applies to the termination of individual service packages after commencement of performance. The Contractor and the customer both have the right to terminate individual service packages. A termination of an individual service package shall not affect the validity of the remaining service agreement and the remaining service packages.
- 4.3 Individual service packages may be canceled and the entire service agreement may be terminated before commencement of performance without observing a separate notice period. However, the regulations on the payment of the remuneration stipulated in section 4.4 shall apply.
- 4.4 In case the customer – before commencement of performance by the Contractor – cancels individual service packages agreed at a lump-sum price or if the customer terminates the entire service agreement before commencement of performance, the customer is obliged to pay:
- 25% of the total order value for a termination up to eight weeks before the agreed commencement of performance
 - 50% of the total order value for a termination between eight and four weeks before the agreed commencement of performance
 - 75% of the total order value for a termination between four and two weeks before the agreed commencement of performance and thereafter 100% of the total order value.

The total order value is the sum of the remuneration for the services that were initially agreed upon and canceled thereafter for the term of performance as stipulated in the offer.

- 4.5 Any work performed will be invoiced in full.
- 4.6 Additional service packages, to be remunerated separately, which are not included in the specification of services in the initial service agreement, may be ordered by the customer at the conditions and prices applicable to the currently valid service

packages/service specifications. The currently valid version of the service packages/service specifications will be sent to the customer upon request.

- 4.7 Additional orders of service packages during the term of the service agreement are to be made with a reasonable lead time (usually three months) in writing via e-mail. The Contractor reserves the right to reject such inquiry for good cause, including without limitation due to insufficient lead time or for capacity-related reasons.
- 4.8 The Contractor is entitled to adjust the initially agreed prices for the individual service packages once per calendar year. In case of a price increase of more than 10%, the customer is entitled to terminate the service agreement as of the end of the month following the month in which the customer was informed in writing of such price increase, by giving written notice to the Contractor.
- 4.9 In case of any change to the scope of performance (increase of the scope of performance by ordering additional service packages and/or decrease of the scope of performance by termination of individual service packages) or in case of a price change, the underlying service agreement must be revised to include these changes. On the date this revised service agreement is signed by both parties, it will fully replace the preceding service agreement. This includes the annexes to the service agreement, which become part of the contract, as amended, once the revised service agreement is signed. The changes to performance or prices will not take effect before the revised service agreement is signed.

5 Execution of the contract

- 5.1 The Parties will make available to each other the information and documents required in order to fulfill each Party's obligations.
- 5.2 The customer must support the Contractor in rendering the agreed performance by reasonably cooperating free of charge to the extent required.
- 5.3 If the customer is in delay in acceptance or otherwise culpably violates their obligations to cooperate, the Contractor shall be entitled to claim compensation for any related damage incurred, including any additional expenses. We reserve the right to assert further claims for damages.
- 5.4 The Contractor will render the contractually agreed services using utmost care and diligence and in accordance with established state of the art, taking into consideration, to the extent required and reasonable, general process descriptions and industry standards as well as specific provisions, methods and application practices of the customer, if any.

- 5.5 The customer must grant access to their premises to the employees of the Contractor as well as to employees of sub-contractors, if any, during business hours as required for rendering the performance.

- 5.6 The Contractor is entitled to use sub-contractors for the services to be rendered to the extent such sub-contractors are qualified to render the relevant services.

6 Granted rights

- 6.1 Each of the Parties remains the owner of their respective intellectual property, know-how, procedures and software and will not be restricted in the use thereof by the service agreement.
- 6.2 The work results created during the project will be the property of the Party whose employees and/or representatives created them. Unless otherwise agreed upon, each of the Parties will be granted a non-exclusive right of use without restrictions as to time, place and content, to the work results created during the project. Such right of use also gives the Parties the right to use the work results for third parties.

7 Remuneration and invoicing

- 7.1 The customer undertakes to pay to the Contractor an arm's length remuneration for the agreed services (hereinafter referred to as the "Remuneration"). Such Remuneration for the agreed services is defined in more detail in the service packages and prices stipulated in the service agreement.
- 7.2 Cash expenses or other specific costs the Contractor incurs upon the customer's express request will be invoiced at cost price.
- 7.3 Invoices will be issued monthly, five working days after the end of the month of performance. Payment shall be made 14 working days after the date of the invoice without a discount. All prices are stated net of the applicable statutory VAT. Upon mutual agreement of the Parties, invoices may be issued on a quarterly basis. Such agreement is to be made separately and in writing.
- 7.4 Payments by cheque or bill of exchange are not deemed to be a fulfilment of the payment obligation. Payments shall be made exclusively to the bank account specified in our invoices. Payments made to any other account shall not be deemed to discharge the payment obligation. Due to prevailing fraud risks, the Contractor will not, as a rule, change the bank account details stated in the invoice; any such change, if made at all, shall only be notified in writing. Enhanced vigilance is required in the event of any notification purporting to amend the bank account details.

8 Term and termination of contract

- 8.1 The service agreement will enter into force once it is signed and shall remain in force for the term agreed upon in the offer; should no term be agreed upon, for an indefinite period of time.
- 8.2 In case of a fixed term, the right of termination without cause is excluded. If the service agreement is concluded for an indefinite period of time, it may be terminated by either Party upon six months' prior notice as of the end of any quarter.
- 8.3 This shall not affect the right to extraordinary termination.
- 8.4 A termination must be in writing to be effective.
- 8.5 After the termination of the service agreement, the Contractor has the obligation to return or delete any work and business documents and other materials immediately and without any request being required. Any right of retention shall be excluded. Electronic data must be completely deleted. This shall not include documents and data subject to a longer statutory period of preservation until the expiration of such period of preservation. Upon request, the Contractor must confirm the deletion to the customer in writing. The customer shall be subject to the same obligations to the extent the customer received work and business documents or other materials from the Contractor in relation to the contractual work.

9 Confidentiality

- 9.1 The Parties undertake to keep strictly confidential any and all oral and/or written information and documents made accessible to them directly or indirectly and containing know-how and intellectual property, products, customers, sales territories, suppliers, ongoing and future projects as well as any and all other information that is marked or clearly recognizable as confidential information. All employees or third parties involved in the execution of the project will be subjected to confidentiality obligations and any violation thereof will be subject to a reasonable contractual penalty.
- 9.2 This confidentiality obligation does not cover information that is already part of the public domain and shall survive the termination of the cooperation between the Parties based on termination or cancellation agreement.
- 9.3 The Parties must refrain from exploiting or copying the confidential information for purposes other than the purpose of the contract between the Parties (this includes without limitation reverse engineering) or have the confidential information exploited or copied by third parties, including without limitation refraining from applying for industrial property rights (e.g. marks, designs, patents, or utility models) for the confidential information.

- 9.4 The Contractor may work for other customers during the term of the service agreement.

10 Relation to third parties

The Contractor may have relations to third parties during the provision of the services (e.g. application processes, communication tasks, contact with other service providers, etc.).

11 Right to give instructions

- 11.1 The customer shall not have any right and/or obligation to give instructions to the Contractor's employees in relation to the execution of the work, neither regarding their professional duties, nor disciplinary, nor otherwise. The right to give instructions remains with the Contractor.
- 11.2 The right and/or obligation to give instructions to the customer's employees regarding their professional duties or disciplinary or otherwise remains with the customer.
- 11.3 In all other aspects, the Contractor is not subject to the customer's instructions when rendering the agreed services and performing their duties.

12 Liability

- 12.1 The Contractor's liability for any violation of contract or other claims for damages shall be limited to willful intent and gross negligence. This shall not include liability for injury to life, limb or health of the customer's employees.
- 12.2 The Contractor shall not be liable for any claims resulting from the customer's illegal actions and/or operational organization. The Contractor will not guarantee the legal conformity of the customer but will only take on an advisory role.
- 12.3 This means the Contractor will not be liable for any claims resulting from accidents at work any employees of the customer suffer that are due to lack of occupational and/or industrial health and safety. The customer is responsible for compliance with statutory occupational health and safety regulations regarding the customer's employees.

13 Contractual penalty

If one of the Parties violates their obligations based on sections 6, 9 or 10, the other Party shall be entitled to demand payment of a contractual penalty amounting to EUR 50,000 for each case of violation. In justified cases, the injured Party may claim higher damages than that.

14 Data protection

The Contractor undertakes to treat confidentially and only process in accordance with statutory regulations any and all data concerning the customer or the customer's employees the Contractor receives in connection with the service agreement. If

the processing of personal data is a central feature of the services to be provided, a contract for commissioned data processing will be concluded in accordance with section 16.1.

15 Changes and collateral agreements

There are no oral collateral agreements. Any changes or amendments to the service agreement must be in writing in order to be legally valid. This shall not affect the priority of individual oral contractual agreements made between the Parties after the agreement was concluded (as stipulated in section 305b of the German Civil Code).

**16 Special Terms and Conditions;
Data processing contract**

- 16.1 If the services ordered comprise the processing of personal data, a separate contract for commissioned data processing must be concluded as described in Art. 28(3) of the GDPR and such separate contract will become an integral part of the service agreement.
- 16.2 If the services ordered comprise the provision and/or use of software, a separate agreement on the General Terms and Conditions of Software Use must be concluded and such separate agreement will become an integral part of the service agreement.
- 16.3 If the provision of the services requires the conclusion of other separate Terms and Conditions, e.g. regarding copyrights or rights of use, such separate agreements will be made between the Parties. These additional agreements will become an integral part of the service agreement.

17 Place of jurisdiction, place of performance

- 17.1 The place of jurisdiction for any and all disputes arising out of the service agreement shall be Berlin, Germany.
- 17.2 The place of performance for all services shall be the Contractor’s registered office.

18 Sustainability, code of conduct

Sustainability is one of the Contractor’s core values. Therefore, we expect that the customer complies with applicable national and international laws and regulations when cooperating with the Contractor. The most important rules for the Contractor’s supply chain are stipulated in the Code of Conduct for Suppliers which is published on the Contractor’s website. Contractor expects that the customers base their actions on the same ethic principles and align their management systems to social, ecological and economic aspects. The customers encourage their suppliers to comply with this code of conduct when fulfilling other contractual obligations and to pass on the resulting obligations in the supply chain.

19 Miscellaneous

- 19.1 The business relationship between the Parties is exclusively subject to German law.
- 19.2 The rights and obligations from this framework agreement and from any and all agreements made in accordance herewith shall be subject to the other Party’s consent. Such consent shall not be unreasonably withheld.
- 19.3 In case of any conflicts between the provisions of the service agreement and these General Terms and Conditions, the relevant service agreement shall prevail.

20 Severability clause

Should one of the provisions of the service agreement or of these General Terms and Conditions be or become ineffective in whole or in part, this shall not affect the effectiveness of the remaining provisions of the service agreement or of these General Terms and Conditions. Such ineffective provision will be replaced by a legally effective provision which comes as close as possible to the economic intent of the ineffective provisions and does not collide with the remaining contractual provisions. The same shall apply mutatis mutandis to any gap.